

# Eine schmale Chance, aber eine Chance

Alles sinnlos und falsch in Griechenland nach dem Brüsseler Deal vom Juli? Ein Plädoyer gegen linke Besserwisserei

Es ist falsch zu behaupten, dass die Umbauprogramme, die Griechenland aufgezwungen werden, jeder ökonomischen Logik entbehren.

Von Joachim Bischoff und Björn Radke

Die Krise in Griechenland beschäftigt die Völker und Politiker Europas spätestens, seit die EU-Kommission am 3. Februar 2010 den griechischen Staatshaushalt unter ihre Kontrolle gestellt und die Mitglieder der Eurozone sowie der Internationale Währungsfonds (IWF) am 12. April 2010 ein Rettungspaket in Höhe von 45 Milliarden Euro für den »Ernstfall« beschlossen hatten.

I.

Die Grundkonstellation, die bis heute anhält, charakterisierten wir seinerzeit als eine Kombination aus Überschuldung und Schwäche des Wirtschaftspotenzials. Bereits damals plädierte ein Teil der wirtschaftlichen und politischen Eliten für einen Ausschluss Griechenlands aus der EU, um dem Land die Umschuldung und wirtschaftliche Sanierung allein aufzubürden.

Auch wenn es im Nachhinein wie Besserwisserei klingen mag, orientierten wir bereits 2010 auf einen anderen Weg: »In dieser Situation hilft allein ein umfassendes ökonomisches Strukturprogramm, mit dem – angefangen bei Griechenland – sich alle europäischen Länder aus der Schuldenfalle schrittweise befreien könnten. Bleibt es hingegen bei der Vorratswirtschaft des Finanzkapitals, werden noch erhebliche Mengen guten Geldes in Schuldenfässer ohne Boden hineingeschüttet werden, bevor ein politischer Kurs- und Richtungswechsel den notwendigen Rückhalt in den Bevölkerungen hat.«

Im Januar 2015 hat zumindest in Griechenland ein solcher politischer Kurs- und Richtungswechsel stattgefunden. Mit dem Wahlerfolg des Linksbündnisses SYRIZA ist auf dem Weg nach Ithaka ein neues Stadium erreicht worden. Am 20. September 2015 haben die griechischen Wählerinnen und Wähler zum zweiten Mal in einem Jahr über den politischen Kurs des Landes abgestimmt. Das Linksbündnis SYRIZA und sein Spitzenkandidat haben ohne Zweifel an gesellschaftlichem Rückhalt verloren. Auch in Griechenland klinken sich vor allem die unteren sozialen Schichten aus der politischen Willensbildung aus. Es wurden Enttäuschungen produziert, und das Bündnis selbst war im Parlament ohne eigene Mehrheit.

Als wichtiges Faktum bleibt gleichwohl festzuhalten: Das Parteien- und politische System ist nicht implodiert und es gibt auch keine politische Blockade. SYRIZA liegt als stärkste Kraft deutlich vorn – auch weil sie die Abspaltung Laiki Enotia besser verkraftet hat als erwartet. Die Führung von SYRIZA hat stets betont, dass die soziale Auseinandersetzung weitergeführt werden muss und die politische Hegemonie dabei ein wichtiger Faktor ist, soll die schmale Chance zur gesellschaftlichen Erneuerung Griechenlands genutzt werden.

Das Linksbündnis SYRIZA geht programmatisch und personell auf das frühere linke Wahlbündnis Synapsimos zurück. In Synapsimos wurde in Anlehnung an die eurokommunistischen Diskussionen und Erfahrungen versucht, eine politische Konsequenz aus der Krise der europäischen Sozialdemokratie und dem radikalen Scheitern des Staatssozialismus mitsamt seiner proletarischen Mythologien zu ziehen.

Auch im Linksbündnis SYRIZA hat die eurokommunistische Methode der politischen Arbeit einen starken Rückhalt. Der Parteivorsitzende Alexis Tsipras hat darüber nie einen Zweifel gelassen: Die neue politische Formation kann und will garantieren, dass in Griechenland mit der Vergangenheit eines klientelistisch geprägten Kapitalismus gebrochen und die Klientelwirtschaft der bisherigen Elite abgeschafft wird. Eine grundlegende Erneuerung der Gesellschaft durch eine breite demokratische Bewegung und eine Umgestaltung mit der Zielsetzung von mehr sozialer Gerechtigkeit ist möglich.

Bis zum Januar 2015 konnte diese Formation darauf verweisen, dass das Linksbündnis noch nie Teil der Regierung war und eine neue Kraft darstellt, die niemandem in der Vergangenheit verpflichtet ist. Sie werde die Reformen durchführen, die Griechenland tatsächlich braucht.

Wir verfolgen seit Langem diese Option und Methode der politischen Arbeit mit großer Sympathie und Unterstützung. Und wir sehen uns in dieser Haltung bestätigt, seit nach der Zustimmung der Mehrheit von SYRIZA zum dritten Memorandum der demokratische Firmis bei etlichen europäischen Linksbündnissen abplatzte und die Rhetorik des Klassenverrats, der imperialistischen Verschwörung und des Putsches in der politischen Debatte wieder einen großen Stellenwert einnahm.

Der Ausgangspunkt der Krisenentwicklung wird leichtfertig an den Rand gedrängt: Griechenland war ein Beispiel für einen klientelistisch strukturierten Kapitalismus, dessen Eigenständigkeit durch die Große Wirtschafts- und Finanzkrise von 2007/2008 brutal infrage gestellt wurde. Danach verschärfte eine neoliberale Austeritätspolitik den gesellschaftlichen Niedergang. Es ist unseres Erachtens falsch zu behaupten, dass die Spar- und Umbauprogramme, die Griechenland aufgezwungen werden, jeder ökonomischen Logik entbehren.

Wenn keine ökonomische Logik vorhanden ist, dann ist jedweder Versuch, aus der Austerität auszubrechen – der zugestandenermaßen sicherlich kein Spaziergang sein wird – und wieder auf die Beine zu kommen, politisch sinnlos und zum Scheitern verurteilt. Wir teilen die in einer solchen Haltung zum Ausdruck kommende linke Besserwisserei und revolutionäre Romantik nicht.

II.

Die Europäische Gemeinschaft wurde 1957 als gemeinsamer Markt gegründet. Schritt für Schritt wurde dieser realisiert, bis 1992 der Binnenmarkt erreicht war. Er ist immer noch das Kern- und Paradestück der Union. Politisch ist sie jedoch ein Staatenbund geblieben. Man spricht zwar von der »finalité politique«, doch niemand weiß, was das bedeutet. Es soll eine »ever closer Union« werden, doch manchen Mitgliedstaaten ist sie schon jetzt zu eng.

Die Union basiert auf keiner Verfassung, sondern auf einem internationalen Vertragssystem, welches nur mit der Zustimmung aller 28 Mitgliedstaaten abgeändert werden kann. Das wird künftig kaum mehr möglich sein, denn der Vorrat an Gemeinsamkeiten ist aufgebraucht. Es droht die Sklerose. Es gibt keine gemeinsame Außenpolitik, die diese Qualifikation verdient, und auch von einer gemeinsamen Verteidigung kann keine Rede sein. Es gelingt nicht einmal, die Flüchtlinge vernünftig zu verteilen. Die Finanzmittel der EU sind gering, sie machen nicht einmal zwei Prozent der Gesamtfinanzen des Systems aus. Ceci n'est pas un Etat!

Noch nie hat eine Währungsunion überlebt, die sich über mehrere Staaten wölbte, denn eine Währung ist geronnenes Vertrauen. Doch die Euphorie des Binnenmarktprozesses und die Furcht vor einem neuen Großdeutschland haben 1992 dazu geführt, in Maastricht eine gemeinsame Währung in den Vertrag zu schreiben – entgegen dem Rat der allermeisten Ökonomen. Die Leistungsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften war schon damals extrem unterschiedlich, und es war deshalb unsinnig, die elastische Kopplung floatender Währungen durch eine starre, gemeinsame Währung zu ersetzen. Es sei eben ein politisches Projekt, hieß es, und da müssten kleinliche ökonomische Erwägungen zurückstehen. Immerhin sah man ein, dass es auch einer politischen Union bedürfte, doch diese kam nicht zustande. Ersatzweise forderten die Ökonomen eine unabhängige Zentralbank und strenge Kriterien für den Beitritt zur gemeinsamen Währung. Letztere erfüllten in den 1990er Jahren nur wenige Staaten. Doch in wundersamer Weise wurden es immer mehr, und 1999 startete der Euro mit elf Staaten.



SYRIZA-Chef und Premier: Alexis Tsipras

Foto: dpa/Louisa Gouliamaki

Ob für oder gegen einen Austritt Griechenlands, die vorgebrachten Argumente sind – eigentlich seit Jahren – immer dieselben: Die Gegner befürchten wirtschaftliche Verwerfungen in der Eurozone und eine Ansteckung weiterer hoch verschuldeter Mitglieder, die Befürworter sehen in einer eigenständigen Geldpolitik Griechenlands eine Chance zur Wie-

*Die Propagierung eines anderen Währungsmechanismus und die Forderung nach Rückkehr zu einer nationalstaatlichen Gestaltung der Ökonomien sollten wir den Rechtspopulisten überlassen.*

derherstellung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit und das Ende der ständigen Notfallkredite. Beiden Argumenten ist aus der Sicht ökonomischer Lehrmeinungen zwar auch Positives abzugewinnen. Sollte es wirklich gelingen, durch neues Geld ohne größere Friktionen aus dem Problem herauszuwachsen, wäre dies natürlich schön. Aber auch für das Vertreten einer harten Haltung gibt es gute Gründe. Das Problem ist nur, dass diese Diskussion viel zu kurz greift. Wichtiger als die Überlegungen, ob ein Grexit stattfinden soll oder nicht, ist die Grundsatzfrage, ob die Währungsunion in der bestehenden Form überhaupt überleben kann. Hier

ist, zwar über marginale Verbesserungen der Rahmenbedingungen für eine Währungsunion sprechen und so die politische Integration vorantreiben, was aber neue Probleme mit sich bringt.

Das gerade auf den Weg gebrachte dritte »Unterstützungs«-programm für Griechenland verdeutlicht: Die Zukunft der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hängt maßgeblich von einem überzeugenden Konzept zur Überwindung der ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte durch eine wirtschaftliche und finanzpolitische Koordination ab. Die aktuellen Reparaturmaßnahmen sind völlig unzureichend. Die Eurozone findet nur aus der Krise durch eine Politik, die vor allem den südeuropäischen Ländern die Chance eröffnet, wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Dazu ist eine gesamteuropäische Anstrengung nötig, die diesen Ländern hilft, also eine Art europäischer New Deal. Aber auch in Deutschland und den anderen Kernländern Europas brauchen wir eine Investitions- und Infrastrukturoffensive zur Reparatur und zum Ausbau des öffentlichen Kapitalstocks. Die marode Infrastruktur wird durch die Bewegung der Schutzsuchenden aus diversen »Failed States« noch sichtbar. Drei von vier Gemeinden erwarten keine Verbesserung ihrer Situation innerhalb der nächsten fünf Jahre. Die Kommunen fordern von Bund und Ländern Hilfen beim Aufbau einer Infrastruktur für die Schutzsuchenden, bei der Entschuldung, eine Entlastung bei den Sozialabgaben und die Unterstützung bei Investitionen.

Der Versuch, die politische Strategie der Hegemonialmacht Deutschland als Modell für den ganzen Euro-Club – hohe Wettbewerbsfähigkeit, ökonomisches Wachstum durch außenwirtschaftliche Erfolge und darüber gesicherte Beschäftigung und Einkommen – anzuempfehlen, kann nicht als gelungen bezeichnet werden. Wegen dieser Ziele erfolgte ein wettbewerbspolitischer Umbau des Europäischen Sozialmodells, eine Öffnung der sozialen Sicherungssysteme für die Finanzmärkte und die weitere Privatisierung öffentlicher Unternehmen vor allem in Bereichen der kommunalen Infrastruktur. Das Ergebnis ist eine Verschärfung, nicht Milderung der sozialen Ungleichheit, die Ausbildung von Vermögensblasen und eine massive Expansion der Finanzsektoren mit der Folge höherer Instabilität der wirtschaftlichen und politischen Systeme. Der bittere Beigeschmack: Deutschland konnte als wettbewerbsstärkste Wirtschaftsmacht seine Führungsposition festigen.

scheint es, dass Ökonomen sich – seien es nun Anhänger einer »alten« oder »neuen« Theorie – ziemlich einig sind. Die Antwort ist nämlich ein klares Nein; und das war es auch schon vor dem ersten Liebgelbn der Politik mit dem Euro, denn die EU ist sehr weit weg von einem optimalen Währungsraum (Stichworte: geringe Mobilität der Arbeitskräfte, inflexible Lohn- und Güterpreise, unterschiedliche Konjunktoren).

Dies bedeutet, dass immer wieder mit ähnlichen Problemen zu rechnen ist, unabhängig vom Ausgang der griechischen Krise. Die Politik wird immer wieder stillstehen, für Wochen und Monate blockiert sein und von wichtigeren Dingen abgelenkt werden. Der Aufwand, um eine Lösung zu finden, und die Unsicherheit, die durch diesen Prozess ausgelöst wird, werden auch dann wieder enorme Ressourcen verschlingen. Man wird trotzdem wieder versuchen, den einzelnen Staaten im Detail vorzuschreiben, was zu tun ist, um den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und die Wirtschaft zu reformieren. Die Adressaten werden bei großem Unmut ihrer Bevölkerung kein Verständnis für diese Einmischung haben, während die Bevölkerung in den Gläubigerländern kaum Verständnis für die Überschuldeten aufbringen wird. Auch für das übrige Europa sind die Kosten der EU sehr groß.

Wichtig wäre also, dass die EU aus dem Debakel der Währungsunion lernt, das viel tiefer reicht und weit über das relativ »kleine«, aktuelle Problem mit Griechenland hinausgeht. In Brüssel wird man, wenn die Zeit wieder etwas ruhiger geworden



Illustration: 123RF/Vladimir Yudin (M)

## Die Autoren

Joachim Bischoff ist Ökonom und Sozialwissenschaftler sowie Miterausgeber der Zeitschrift Sozialismus. Von ihm erschien 2014 die Flugschrift »Finanzgetriebener Kapitalismus« (bei VSA in Hamburg). Björn Radke ist Redakteur von Sozialismus. Die nebenstehenden Auszüge sind ihrem gerade erschienenen Buch »Isch over? Griechenland und die Eurozone. SYRIZAs Kampf gegen die neoliberale Hegemonie« entnommen, das ebenfalls bei VSA in Hamburg erschienen ist.

Nach der Zustimmung der Mehrheit von SYRIZA zum dritten Memorandum nimmt bei etlichen europäischen Linksbündnissen die Rhetorik des Klassenverrats und des »Putsches« in der politischen Debatte wieder einen großen Stellenwert ein. Der Ausgangspunkt der Krisenentwicklung wird an den Rand gedrängt: Griechenland war ein Beispiel für einen klientelistisch strukturierten Kapitalismus, dessen Eigenständigkeit durch die Große Wirtschafts- und Finanzkrise von 2007/2008 brutal infrage gestellt wurde. Danach verschärfte eine neoliberale Austeritätspolitik den gesellschaftlichen Niedergang.

Die Autoren begründen in ihrer Flugschrift, warum es falsch ist zu behaupten, dass die Spar- und Umbauprogramme, die dem Land aufgezwungen werden, jeder ökonomischen Logik entbehren. Wenn es diese nicht gibt, wäre jedweder Versuch, aus der Austerität auszubrechen – der zugestandenermaßen sicherlich kein Spaziergang sein wird – und wieder auf die Beine zu kommen, politisch sinnlos und zum Scheitern verurteilt. Sie stellen stattdessen ihre Analysen zur ökonomischen und politischen Entwicklung Griechenlands und der Eurozone zur Diskussion. Mehr Informationen zum Buch unter [www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

Joachim Bischoff und Björn Radke: »Isch over? Griechenland und die Eurozone. SYRIZAs Kampf gegen die neoliberale Hegemonie. Eine Flugschrift, 156 Seiten, 12 Euro.



Bestellen Sie dieses Buch im nd-shop.  
Tel 030 2978-1777 Fax -1650  
[buecherservice@nd-online.de](mailto:buecherservice@nd-online.de) [www.nd-shop.de](http://www.nd-shop.de)

